

nanzinstitute, deren Kredite nicht registriert wurden, nur relativ geringe Chancen auf eine Kompensation haben. Fast die Hälfte bzw. 950 Mio. US\$ der ausländischen Kredite der GITIC waren nicht registriert. Nach Ansicht der ausländischen Kreditgeber war für die Registrierung jedoch die GITIC verantwortlich, nicht die Auslandsbanken.

Die Schließung der GITIC und die anschließende Entscheidung für ein Konkursverfahren hat die ausländischen Finanzinstitute sehr verunsichert. Bis dahin waren sie vielfach davon ausgegangen, daß die „ITICS“ Teil des staatlichen Finanzsektors sind und daß für die Schulden die Provinzregierung bzw. die Zentralregierung aufkommen würden. Wie transparent das Konkursverfahren abgewickelt wird, wird deshalb auch besondere Bedeutung für ausländische Banken haben, die nunmehr das Risiko eines Kreditengagements neu bewerten müssen. (FAZ, 20.3.99; NFA, 26.3. und 30.3.99; AWSJ, 29.3.99) -schü-

Projekten auf 7,2 Mrd. US\$ belaufen haben. (XNA, 18.3.99)

Im letzten Jahr lag das bilaterale Handelsvolumen bei 4,8 Mrd. US\$, ein Anstieg um 3,5% gegenüber 1997. Während die chinesischen Exporte nach Italien um 15,1% zugenommen hatten und 2,577 Mrd. US\$ betragen, waren die italienischen Lieferungen nach China um 7,1% gefallen und hatten noch 2,277 Mrd. US\$ ausgemacht. Die wichtigsten chinesischen Exporte nach Italien sind Maschinen und Elektronik, Bekleidung und Textilprodukte; aus China importiert Italien Textilmaschinen, Gummi- und Kunststoffverarbeitungsmaschinen sowie Lederprodukte. Bis Ende 1998 hatte Italien 1.254 Projekte in China mit einem Investitionsvolumen von 2,1 Mrd. US\$ begonnen. (XNA, 18.3.99) -schü-

Binnenwirtschaft

25 Engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und China

Ende März trafen der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin und der italienische Ministerpräsident Scalfaro zu Gesprächen über die politische und wirtschaftliche Kooperation in Rom zusammen. Jiang betonte, daß Italien für China ein wichtiger Handelspartner in Europa und der zweitwichtigste Technologielieferant in der EU sei. (XNA, 24.3.99)

Bereits Anfang März hatten Vertreter des MOFTEC Italien besucht und mit dem italienischen Institut für Außenhandel eine Vereinbarung über die Schaffung eines Lenkungsausschusses zur Förderung der bilateralen Industriekooperation unterzeichnet. MOFTEC-Angaben zufolge soll 1991 eine erste bilaterale Zusammenarbeit erfolgt sein, seitdem sei das Geschäftsvolumen solcher Kooperationen für Industrietechnologien auf 6,9 Mrd. US\$ angestiegen. (XNA, 5.3.99) Einer anderen Xinhua-Nachricht zufolge soll sich das Volumen der Technologieimporte Italiens nach China zwischen 1981 und 1998 bei insgesamt 1.262

26 Wirtschaftsstrategie für 1999

Auf dem NVK legte Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung, den Entwurf für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1999 vor. Die Rahmenplanung für das laufende Jahr geht von folgenden Vorgaben aus (siehe Tabelle nächste Spalte):

Für einzelne Wirtschaftszweige nannte Zeng spezielle Zielvorgaben. So sollen beispielsweise in der Textilindustrie eine Zahl von 5 Mio. technisch veralteter Spindeln abgebaut, die rd. 1,2 Mio. überschüssigen Arbeitskräfte in andere Industriezweige umgeleitet und die Gesamtverluste um 6 Mrd. Yuan reduziert werden. In der Kohleindustrie sollen die Folgewirkungen der Dezentralisierung von Kohlebergwerken verarbeitet, rd. 28.500 kleine Bergwerke geschlossen und der Gesamtoutput um 250 Mio. gesenkt werden.

Mit einem Wirtschaftswachstum von 7% liegt der Planansatz um 0,8% niedriger als im Jahre 1998 und macht deutlich, daß die Regierung weiterhin von negativen Auswirkungen der Asienkrise und einer relativ schwachen In-

Rahmenplanung für 1999

Entwicklungsindikatoren	Planvorstellungen
Wirtschaftswachstum (BIP)	+7%
Anlageinvestitionen	+12%
Preisentwicklung	
- Einzelhandelspreise	+2%
- Verbraucherpreise	+4%
Importe und Exporte	ausgeglichen
Haushaltsdefizit	150,3 Mrd. Yuan
Geldumlauf	150 Mrd. Yuan
Städtische Arbeitslosenquote	3,5%
Natürliches Bevölkerungswachstum	+1,01%
Saatfläche für Getreide	110 Mio. Hektar
Getreideertrag	495 Mio. t
Pro-Kopf-Einkommen der Städter und der ländlichen Bevölkerung	+4% (real)

Quelle: XNA, 7.3.99.

landsnachfrage ausgeht. Um vor diesem Hintergrund das Wachstum zu fördern, sollen die Anlageinvestitionen um 12% zunehmen. Der Hauptanteil der Investitionen soll Zeng zufolge in den Wiederaufbau der im letzten Jahr durch Überschwemmungen verwüsteten Gebiete fließen, in die Regulierung von Flüssen und Seen, in Wasserkonservierungsprojekte, in laufende Infrastrukturprojekte sowie in Projekte zur inländischen Entwicklung von wichtigen Ausrüstungen und High-Tech-Einsatz. Zeng betonte, daß im Jahre 1999 keine neuen Industrieentwicklungsprojekte mehr genehmigt werden, Ausnahmen würden Projekte bilden, die moderne Technologien einsetzen und der Produktverbesserung dienen. Die Mittel sollten auf die laufenden Schlüsselprojekte der Infrastruktur konzentriert werden. Die Sicherung der Qualität dieser Projekte sei von zentraler Bedeutung für den Erfolg der wirtschaftspolitischen Strategie, die Inlandsnachfrage durch staatliche Infrastrukturprojekte zu stützen.

Zeng Peiyan wies ebenfalls darauf hin, daß der Entwicklung der städtischen und ländlichen Konsumgütermärkte eine besondere Bedeutung für die Ausweitung der inländischen Nachfrage

zukommt. Weiterhin sollten das Muster und die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes verbessert und die Kaufkraft der Städter und Bauern erhöht werden, insbesondere der Bevölkerungsgruppen mit niedrigem bzw. mittlerem Einkommen.

Um die Ausgabenneigung für Wohnungen, Automobilkäufe und andere teure Konsumgüter zu steigern, sollen die Reform des städtischen Wohnungssystems vorangetrieben und Wohnungskredite bereitgestellt werden. Weiterhin müßten die Rahmenbedingungen für die Konsumenten in den ländlichen Gebieten durch den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Wasser, Energie, Straßen, Telekommunikation, Radio und Fernsehen, verbessert werden. Ohne diese Rahmenbedingungen könnten die ländlichen Haushalte weder die elektrischen Haushaltsgeräte benutzen noch Telefone anschließen. (XNA, 7.3.99)

Die Frage, wie die inländische Nachfrage am wirkungsvollsten ausgeweitet werden kann, wurde intensiv auf dem NVK diskutiert. Nach Einschätzung des bekannten Ökonomen Wu Jianglian vom Forschungszentrum des Staatsrats ist es aus folgenden Gründen relativ schwierig, die private Nachfrage erfolgreich zu beeinflussen:

1. Anzeichen für unzureichende Nachfrage und Deflation tauchten zuerst ab Mitte 1997 auf und verstärkten sich im 4. Quartal 1997. Das allgemeine Preisniveau sank ab Oktober 1997. Da die Konsumenten nicht kaufen, wenn die Preise sinken, ist es relativ schwierig, die Nachfrage zu stimulieren.
2. Die Reform und Reorganisation der Staatsunternehmen befindet sich in einem entscheidenden Stadium. Es muß davon ausgegangen werden, daß die Nachfrage zurückgeht, während die Überschußkapazität und das überschüssige Personal abgebaut wird.
3. Während die Reformen des Arbeitsmarktes, des Wohnungs- und Gesundheitssektors etc. durchgeführt wurden, stiegen zwar die Spareinlagen der Bevölkerung, doch ist ihre Konsumneigung zurückgegangen.

4. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß sich die Exporte schnell erhöhen, da die Auswirkungen der Asienkrise noch fortbestehen und sich das internationale Wirtschaftsklima noch nicht wieder verbessert hat.
5. Im letzten Jahr wurde eine expansive Fiskalpolitik realisiert mit Ausweitung der Investitionen in die Infrastruktur, die eine wichtige Rolle in der Stützung des Wirtschaftswachstums spielte. In diesem Jahr wird diese Politik fortgesetzt sowie um folgende Aspekte ausgeweitet: 1) Neben einer aktiven Fiskalpolitik soll auch eine aktive Geldpolitik verfolgt werden. 2) Notwendig ist die Stimulierung des Konsumgütermarktes einschließlich des Wohnungsmarktes und der ländlichen Märkte. 3) Die kleinen und mittleren Unternehmen müssen in ihrer Entwicklung gefördert werden. Durch diese Förderung sollen die Investitionen und die Nachfrage stimuliert werden, insbesondere auch in den ländlichen Gebieten. Der Schlüssel für die Erhöhung der Nachfrage liegt bei Einkommensverbesserungen für die Bauern. Die Entwicklung der kleinen und mittleren Betriebe wird auch dazu beitragen, überschüssige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in nichtlandwirtschaftliche Betriebe zu überführen und dadurch die ländlichen Einkommen zu erhöhen.

Auf die Frage, warum die Konsumneigung der Bevölkerung zurückgegangen ist, antwortete She Jiangming, Direktor der Macroeconomic Research Academy of the State Development and Planning Commission. She nannte als wichtigsten Grund die rückläufige Zuwachsrates bei den Einkommen. Weiterhin seien die Ausgaben für die Bevölkerung gestiegen, da der Staat und die staatseigenen Unternehmen nicht mehr wie früher in vollem Umfang die Kosten für die Gesundheitsversorgung, Wohnung, Pensionen, Ausbildung der Kinder etc. übernehmen. (RMRB, Overseas Edition in Chinese, 7.3.99, S.3, in: SWB/D3478/CNS, 10.3.99)

Zeng Peiyan kündigte auch eine Fortsetzung der Preisreform in diesem

Jahr an. Preisanpassungen sollen insbesondere in der Rohstoffindustrie, für öffentliche Dienste wie Post, Telekommunikation und Wohnungen erfolgen und Monopolsituationen in diesen Sektoren aufgebrochen werden. Unter anderem ist auch beabsichtigt, die Preisbindung für den staatlichen Ankauf von Baumwolle und für den Einzelhandelspreis bei Kunstdünger aufzuheben. (XNA, 7.3.99) -schü-

27 GZITIC - ein neuer Problemfall

Ende März d.J. versicherte der Guangzhouer Bürgermeister Lin Shushen, daß die Stadtregierung der Provinzhauptstadt Guangdong in vollem Umfang die Verantwortung für die Rückzahlung der Verbindlichkeiten der Guangzhou International Trust and Investment Corp. (GZITIC) übernehmen wird, die die GZITIC auf Anweisung der Lokalregierung eingegangen ist. Die Kreditgeber werteten diese Aussage als gute Neuigkeit, da die meisten der Kredite der GZITIC zur Finanzierung von Projekten der Stadtregierung aufgenommen worden waren. Lin Shushen wies zwar darauf hin, daß es noch keine endgültige Entscheidung über das Schicksal der GZITIC gebe, die Lokalregierung jedoch den Konkurs der GZITIC bzw. ihrer Töchterunternehmen verhindern wolle. (SCMP, 30.3.99)

Ein erster Umstrukturierungsplan für die GZITIC wurde auf einer Versammlung von Kreditgebern Mitte März angekündigt. Wu Ziyou, stellvertretender Direktor der Guangzhouer Kommission für Entwicklungsplanung, hofft, daß mit der Umstrukturierung eine Lösung für die Probleme der GZITIC gefunden werden kann. Nach Angaben des als Berater von GZITIC hinzugezogenen Unternehmens Price Waterhouse erfolgt die Umstrukturierung mit dem Ziel, eine gesunde Finanzgruppe zu schaffen. Allerdings müßten die Struktur der GZITIC, ihre Geschäftsbereiche, ihre Finanz- und Investmentarrangements und ihr internes Managementsystem verändert werden.

Die GZITIC wurde 1984 als wichtigster Investitionsarm der Guangzhouer Stadtregierung gegründet. Das Unternehmen war vor allem in den Berei-

chen inländische Investitionen, Wertpapiere und Kredite aktiv; der Hauptanteil der Vermögenswerte befindet sich auf dem chinesischen Festland. Die Liquiditätsprobleme für GZITIC begannen Ende letzten Jahres, als viele ausländische Kreditgeber nach der Schließung der GITIC in Panik gerieten. Als Ursachen für Probleme, denen sich die GZITIC gegenübersehen, gelten vor allem schlechtes Management, überstürzte Investitionsentscheidungen und zu hohe Investitionen im Immobiliensektor.

Zur Unterstützung der GZITIC hat die Lokalregierung bereits zwischen März und August letzten Jahres 3,3 Mrd. Yuan (rd. 400 Mio. US\$) aufgebracht, die für die Rückzahlung von Auslandskrediten eingesetzt wurden. Ob GZITIC Konkurs anmelden muß, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob das in Hongkong ansässige Tochterunternehmen, Guanzhou Finance Company Ltd. (GFC), einen Konkurs abwehren kann. So haben elf lokale Finanzinstitute in Hongkong gegen die GFC einen Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens gestellt. (XNA, 25.3.99) Die Probleme der GFC sind nach Aussagen von Lin Shushen ebenfalls zu einem wesentlichen Teil durch hohe Investitionen in den Hongkonger Immobilienmarkt verursacht worden. Nach Ansicht von Lin könnte die GFC durchaus in der Lage sein, die Schulden zurückzahlen, wenn die Banken nicht auf eine sofortige Begleichung der Verbindlichkeiten drängen würden. (SCMP, 30.3.99)

GZITIC soll Vermögenswerte von insgesamt rd. 20 Mrd. Yuan und Verbindlichkeiten von 19 Mrd. Yuan aufweisen. Verbindlichkeiten an ausländische Kreditgeber belaufen sich auf rd. 400 Mio. US\$. (SCMP, 8.3.99)

Die Zukunft der GZITIC wird von einigen ausländischen Beobachtern eher kritisch gesehen. So müsse davon ausgegangen werden, daß nach einer Prüfung der Bilanzen des Unternehmens ebenso wie bei GITIC die tatsächliche Verschuldung weitaus höher als zunächst angenommen ausfallen wird. Weiterhin sei die Unterstützung durch die Lokalregierung kein Garant dafür, daß das Unternehmen nicht Konkurs anmelden müsse. Auch bei der GITIC habe die Lokalregierung zu-

nächst versucht, das Unternehmen zu retten, doch die Beijinger Zentralregierung habe ihr dies aufgrund der desolaten Lage der GITIC untersagt. (AWSJ, 10.3.99)

Um Vertrauen in die „ITICS“ zurückzugewinnen, soll der rechtliche Rahmen für diese Unternehmen neu gestaltet werden. Auf dem NVK wurde über einen ersten Entwurf beraten, doch scheint noch interner Abstimmungsbedarf zu sein. (NfA, 12.3.99) Auch ohne dieses Gesetz hat die Zentralregierung bereits einige „ITICS“ in Konkurs gehen lassen, die GITIC war das größte dieser Unternehmen. Weiterhin wurden in den letzten zwei Jahren die China Agribusiness Development Trust & Investment Corp., die Hainan Development Bank sowie die China Venturetech Investment Corp. geschlossen. Nach Angaben der Zentralbank waren von Schließungen außerdem 23 städtische und 18 ländliche Genossenschaftsbanken betroffen. Bisher wurde allerdings erst die China Agribusiness Development Trust & Investment Corp. gänzlich liquidiert und aufgelöst, während bei den übrigen Finanzinstituten das Konkursverfahren noch läuft. (SCMP, 3.3.99; AWSJ, 10.3.99) -schü-

28 Neue Politikansätze der Zentralbank

Um die weitere Zunahme notleidender Kredite zu beschränken, kündigte die Zentralbank die Aufstellung einer Liste solcher Unternehmen an, die ihre Kredite nicht zurückgezahlt haben. Die Liste soll über ein Interbank-Computernetzwerk veröffentlicht werden. Die Zweigstelle der Zentralbank Shanghai, die nach der Reorganisation der Zentralbank-Zweigstellen neben Shanghai auch für die Provinzen Zhejiang und Fujian verantwortlich ist, soll mit dieser Arbeit zum 1. Mai 1999 beginnen. Anschließend sollen auch die übrigen neu gegründeten Zweigstellen der Zentralbank in Guangzhou, Chengdu, Shenyang, Wuhan, Jinan, Tianjin, Xian und Nanjing dies System einführen.

Auf der Liste werden die Unternehmen, die ihre Kredite nicht zurückgezahlt haben, namentlich genannt, die Branchen sowie die Regionen. Den Banken wird untersagt, an diese Unternehmen weiterhin Kredite zu ver-

geben bzw. sonstige Geschäftsverbindungen mit ihnen zu pflegen, bevor sie die Kredite nicht in einer bestimmten Zeit zurückgezahlt haben. Bei einer Konzentration notleidender Kredite in bestimmten Industrien oder Regionen sollen diese auf der schwarzen Liste öffentlich als „nicht vertrauenswürdig“ bezeichnet oder mit dem Hinweis „unzureichende Kreditwürdigkeit“ versehen werden.

Der Aufbau dieser Liste könnte Analysten zufolge der Zentralbank helfen, die dringend benötigte Datenbasis mit Kreditinformationen über Unternehmen aufzubauen, die ihre Kredite nicht zurückzahlen. (SCMP, 4.3.99)

Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong während einer Pressekonferenz zum NVK übersteigt das Volumen der notleidenden Kredite bei den großen staatseigenen Banken nicht 10% der gesamten Kreditsumme. Dai zufolge entfielen auf notleidende Kredite i.e.S. 2,9% der Kreditsumme, doch auch überfällige Kredite könnten zu notleidenden Krediten werden. Wenn diese Kategorien zusammengefaßt würden, sei das Gesamtvolumen notleidender Kredite geringer als 10%. (XNA, 12.3.99)

Hinsichtlich der Aufteilung der ausstehenden Kredite in den staatseigenen Banken machte Dai folgende Unterscheidung: 1) überfällige Kredite 2) Kredite, die länger als zwei Jahre überfällig sind und 3) uneinbringliche Kredite, die abgeschrieben werden müssen. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Kategorien als notleidende Kredite sei nicht sinnvoll. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 11.3.99, in: SWB FE/D3492/CNS, 25.3.99)

Chinesische Banken sind inzwischen angewiesen worden, in Anlehnung an die internationale Praxis die Kredite in fünf Kategorien einzuordnen, nämlich 1) pass, 2) special mention, 3) sub-standard, 4) doubtful und 5) loss. Wird diese Einteilung herangezogen, dann fällt der Anteil der Problemkredite sicherlich höher als 10% der Gesamtkredite aus. Weiterhin sollen die Banken ihre Rückstellungen für Risikokredite erhöhen können. (SCMP, 24.3.99)

Dai wies auf der o.g. Pressekonferenz darauf hin, daß sich die Qualität

der neuen Bankkredite deutlich verbessert habe. Der Anstieg der notleidenden Kredite sei Ergebnis der unbefriedigenden Wirtschaftsergebnisse der staatseigenen Unternehmen und müsse aufgehoben werden. In den letzten Jahren wurden Dai zufolge insgesamt rd. 100 Mrd. Yuan an notleidenden Krediten von den Banken abgeschrieben. Die Situation der staats-eigenen Banken sei jedoch durch eine ausreichende Liquidität geprägt, da sie jährlich Spareinlagen in Höhe von 700-800 Mrd. Yuan absorbieren könnten. Der Zentralbankpräsident kündigte an, die Rekapitalisierung der Banken weiter fortzusetzen. (XNA, 12.3.99)

Um das Problem notleidender Kredite lösen zu können, sind nach Einschätzung von Fang Xinghai, General Manager des Koordinierungsausschusses der China Construction Bank (CCB), in den nächsten fünf bis zehn Jahren rd. 500 Mrd. US\$ erforderlich. Die CCB wird in einem Pilotprojekt mit der Übertragung von rd. 200 Mrd. Yuan bzw. 80-90% ihrer notleidenden Kredite an die Finanzgruppe Shinda Asset Management beginnen. Die Kredite werden dann umstrukturiert und mit einem Abschlag an ausländische und inländische Investoren verkauft. Shinda Asset Management wird spezielle Anleihen für die CCB begeben; die Zentralbank sowie das Finanzministerium werden hierfür die Sicherheit stellen. Die CCB rechnet damit, daß rd. 30% bzw. 60 Mrd. Yuan des Kreditvolumens wieder hereingeholt werden können; der verbleibende Rest soll von der Zentralbank über einen Zeitraum von fünf bis 10 Jahren übernommen werden. (SCMP, 9.3.99; NfA, 10.3.99) -schü-

29 NVK beschließt Verfassungszusatz zum nichtstaatlichen Sektor

Dem nichtstaatlichen Sektor wurde durch einen Verfassungszusatz, der auf dem NVK beschlossen wurde, die Funktion eines „wichtigen Komponenten“ der Wirtschaft zugewiesen. Mit Bezug auf den Status und die Rolle der nichtstaatlichen Wirtschaft wurde vorgeschlagen, daß die Verfassung folgende Ergänzung aufnimmt: „Der nichtstaatliche Sektor, der die Selbständigen und die priva-

ten Unternehmen innerhalb der vom Gesetz festgelegten Abgrenzung umfaßt, ist ein wichtiger Teil der sozialistischen Marktwirtschaft“. Diese Formulierung ersetzt die bisherige, die der nichtstaatlichen Wirtschaft lediglich eine Ergänzungsfunktion zuschreibt. Weiterhin wurde die Aufnahme folgender Ergänzung zum Schutz der nichtstaatlichen Wirtschaft durch die Verfassung vorgeschlagen: „Der Staat schützt die legitimen Rechte und Interessen der Selbständigen und der Privatunternehmen und übt ihnen gegenüber Anleitungs-, Kontroll- und Verwaltungsfunktionen aus“.

Weitere Zusätze beinhalten den Ersatz der Formulierung „... in Übereinstimmung mit der Theorie des Aufbaus des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen...“ durch Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der „Theorie von Deng Xiaoping“. Auch heißt es in der Verfassung nicht mehr, daß sich China augenblicklich im Anfangsstadium des Sozialismus befindet, sondern daß sich China „... für eine lange Zeit noch im Anfangsstadium des Sozialismus befinden wird ...“. Darüber hinaus wurde folgende Ergänzung vorgeschlagen: „Im Anfangsstadium des Sozialismus schützt der Staats das Wirtschaftssystem, in dem das öffentliche Eigentum die dominante Form darstellt und verschiedene Eigentumsformen daneben bestehen; der Staat schützt das Verteilungssystem, bei dem die Verteilung nach der Arbeitsleistung die dominante Form ist und verschiedene andere Formen der Verteilung ebenfalls existieren“. (XNA, 10.3.99)

Die letzte Verfassungsänderung aus dem Jahre 1988 erlaubte dem privaten Sektor eine ergänzende Funktion in der Wirtschaft. Seitdem hat sich die Entwicklung der Privatunternehmen in schnellem Tempo vollzogen. Ihr Anteil stieg in den letzten zehn Jahren auf 15% am BIP, ohne Berücksichtigung von Kapitalgesellschaften und Unternehmen mit Auslands-kapital.

Die Reaktionen der chinesischen Privatunternehmen spiegeln den hohen Stellenwert wider, der den Verfassungszusätzen mit Stärkung der Position des nichtstaatlichen Sektors eingeräumt wird. Nach Aussagen des Privatunternehmers Liu Yonghao, der nach einer Liste des *Forbes Magazin*

zu den 500 reichsten Personen zählt, fühlen sich die privaten Unternehmer nunmehr sicher genug, um auch langfristige Investitionen durchzuführen. Bisher hätten die Unternehmen nur Investitionen mit einem kurzfristigen Horizont aus Sorgen vor einem möglichen Politikwechsel vorgezogen (XNA, 16.3.99)

Die Förderung des nichtstaatlichen Sektors ist auch vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden Arbeitslosigkeit von herausragender Bedeutung. Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes belief sich die Gesamtbeschäftigung im Jahre 1998 auf 699 Mio. Personen, dies waren 3,67 Mio. Arbeitskräfte mehr als 1997. Der städtische Privatsektor beschäftigte 32,32 Mio. Personen, ein Anstieg um 5,63 Mio. Menschen. Diese Entwicklung wird als Beleg dafür herangezogen, daß der nichtstaatliche Sektor eine zunehmend bedeutende Rolle für die Beschäftigung spielt, während der Staatssektor keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten mehr bieten kann.

Auf dem NVK wiesen einige Parlamentsvertreter darauf hin, daß in der Landeshauptstadt Beijing beispielsweise rd. 80% der von staatseigenen Unternehmen entlassenen Arbeitskräfte in nichtstaatlichen Unternehmen im Dienstleistungssektor, insbesondere bei Immobilienunternehmen, in Franchise-Läden, Restaurants etc. eine Beschäftigung gefunden haben. (XNA, 12.3.99)

Die offizielle Statistik über die Arbeitslosigkeit in den Städten, die im Jahr 1998 von einer Quote in Höhe von 3,1% ausgeht, spiegelt das Ausmaß der Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichend wider. So sind in dieser Quote nur die als arbeitslos registrierten Personen erfaßt, nicht jedoch die versteckt Arbeitslosen. Ein Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur beziffert die Zahl der ohne Arbeit zu Haus befindlichen ehemaligen Beschäftigten von staats-eigenen Unternehmen auf rd. 6 Mio. Menschen. Chen Qingtai, stellvertretender Direktor des Forschungszentrums beim Staatsrat, wies sogar darauf hin, daß das Ausmaß der Unterbeschäftigung der insgesamt rd. 70 Mio. Arbeitskräfte in staatlichen Industriebetrieben enorm hoch ist. Viele Industrieunternehmen könnten normal

operieren können, wenn ein Drittel der Arbeitskräfte abgezogen würde; viele Unternehmen würden sogar besser arbeiten können, wenn sie die Hälfte der Arbeitskräfte entließen.

Da die hohe Anzahl der freigesetzten Arbeitskräfte sozial destabilisierende Folgen haben könnte, verfolgt die Regierung verschiedene Maßnahmen. Dazu gehört der Aufbau von Wiederbeschäftigungszentren, die ihnen Möglichkeiten zur Weiterqualifikation anbieten sowie für sie Grundkosten der Lebenshaltung übernehmen. Im letzten Jahr wurden 6,09 Mio. von Staatsunternehmen freigesetzte Arbeitskräfte bzw. 50% der Arbeitslosen aufgenommen. (SWB FE/D3478/CNS, 9.3.99) -schü-

30 Haushalt 1998/Haushaltsentwurf 1999

In seinem Bericht zum Haushalt 1998 kommt Finanzminister Xiang Huai-cheng zu dem Schluß, daß die Staatseinnahmen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach wie vor zu niedrig sind und daß die Steuerdisziplin zu wünschen übrig läßt.

1998 beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen auf 985,3 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 17 Mrd. Yuan über den Haushaltsansatz hinaus. Die Gesamtausgaben betragen 1.077,1 Mrd. Yuan und lagen damit 62,8 Mrd. Yuan höher als Anfang 1998 veranschlagt. Die Gegenüberstellung von Staatseinnahmen und -ausgaben ergibt für 1998 ein Defizit von 91,8 Mrd. Yuan. Das Defizit im Haushalt der Zentralregierung machte 96 Mrd. Yuan aus, die Lokalregierungen wiesen einen Überschuß von 4,2 Mrd. Yuan auf.

1998 wurden Anleihen mit einem Volumen von 389,1 Mrd. Yuan begeben. Die Summe teilte sich auf in 58 Mrd. Yuan als Kredite an die Lokalregierungen für den Ausbau der Infrastruktur, Rückzahlung von Zinsen und fällige Rückzahlungen von in- und ausländischen Schulden in Höhe von 235,1 Mrd. Yuan und Deckung des Haushaltsdefizits der Zentralregierung in Höhe von 96 Mrd. Yuan.

Aufgrund der Auswirkungen der Asienkrise und der Überschwemmungen im letzten Jahr beschloß der Staatsrat eine Reihe von Maßnahmen zur

Ausweitung der inländischen Nachfrage. Hierzu zählten die Ausweitung der Auslandsschulden, die Anpassung des Haushalts der Zentralregierung und die Ausgabe von mehr Anleihen durch das Finanzministerium, um den Ausbau der Infrastruktur zu beschleunigen. Da die Steuerbehörde ihre Arbeit bei der Eintreibung von Steuern verstärkte, konnten die Staatseinnahmen um 13,9% gegenüber 1997 gesteigert werden. In Relation zum BIP stieg der Umfang der Staatseinnahmen auf 12,4%, eine Zunahme um 0,8% gegenüber 1997.

Die Ausgaben für Infrastrukturprojekte stiegen im letzten Jahr um 90,7%, Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft sowie für die Wasserkonservierung nahmen um 150% zu. Um die Lebenshaltungskosten der von staatseigenen Unternehmen freigesetzten Arbeitskräfte sowie der Pensionäre im wesentlichen zu decken, stellte die Zentralregierung zusätzlich 16,8 Mrd. Yuan als Kredite und Subventionen bereit. Für die Umstrukturierung des Getreideverteilungssystems erhöhte der Staat die Subventionen für die Getreideproduktion um 10,2 Mrd. Yuan. Besonders hohe Ausgabensteigerungen entfielen auf die Bereiche Bildung (+37%) und Wissenschaft (+27,9%). Zur Bekämpfung der Folgewirkungen der Überschwemmungen wurden 13 Mrd. Yuan aus dem Haushalt bereitgestellt.

Als wichtigste Probleme bei der Implementierung des Haushalts nannte der Finanzminister, daß die Einnahmen immer noch zu gering gegenüber dem BIP sind und daß ein großer Teil der Steuereinnahmen nicht in den Haushalt einfließt, so daß ein besseres Finanzmanagement und stärkere Kontrolle notwendig sind. Weiterhin sei die Struktur der Finanzausgaben nach wie vor nicht vernünftig. So habe die Zentralregierung mehr Finanzmittel aufbringen müssen über die Emission von Anleihen und müsse dementsprechend mehr Schulden zurückzahlen. Der Finanzminister beklagte außerdem, daß die Umgehung von Steuern trotz mehrfacher Verbote nach wie vor in der Praxis weit verbreitet sei.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 1999 folgt dem Prinzip, daß der Staat weiterhin eine aktive Fiskalpolitik verfolgt, um die Expansion der inländi-

schen Nachfrage zu fördern und das Wirtschaftswachstum zu stützen. Im einzelnen sollen z.B. die Investitionen in die Infrastruktur weiter erhöht werden. Um die fristgerechte Fertigstellung der Projekte zu garantieren, werden zusätzlich 25 Mrd. Yuan bereitgestellt. Die Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft sowie für Wasserkonservierung, insbesondere für die Reparatur und Verstärkung der Deiche, werden um 30 Mrd. Yuan im Haushalt 1999 erhöht. Eine weitere beträchtliche Ausgabensteigerung ist für den Verteidigungshaushalt vorgesehen. Da die Armee angewiesen ist, sich von ihren Wirtschaftsunternehmen zu trennen, wird eine Kompensation durchgeführt. Die Ausgaben werden um 12,7% auf 104,65 Mrd. Yuan erhöht. Weiterhin wird zur Förderung von 20 Exportprodukten die Steuerrückerstattung angehoben, so daß hierdurch Einnahmeausfälle entstehen werden. Weitere Ausgabensteigerungen werden für den Ankauf von Getreide und Baumwolle anfallen, und zwar insgesamt rd. 50 Mrd. Yuan. Die Ausgaben für Bildung sollen um 21,4% angehoben und für die staatlichen Schlüsselprojekte in Wissenschaft und Technik um 9,5% erhöht werden.

Um die aktive Fiskalpolitik finanzieren zu können, wird das Defizit 1999 auf 150,3 Mrd. Yuan ausgeweitet. In Relation zum BIP wird dann das Haushaltsdefizit 1,7% ausmachen und hinsichtlich der kumulierten Staatsschulden 10%. Einnahmen in den Haushalten der Zentralregierung und der Lokalregierungen werden sich der Planung nach auf insgesamt 1.080,9 Mrd. Yuan belaufen, ein Anstieg um 9,7% gegenüber 1998. Die Ausgaben sind mit 1.231,2 Mrd. Yuan angesetzt, eine Zunahme um 14,3%. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 18.3.99, nach SWB FE/3490S1/7, 23.3.99)

Die Aufstellung des Haushalts für 1999 macht deutlich, daß auch in diesem Jahr die Expansion staatlicher Ausgaben eine Lokomotivfunktion für die Wirtschaft spielen soll. Daneben soll jedoch auch die Ausweitung der privaten Nachfrage eine Rolle spielen. Obwohl das Defizit offiziell mit 1,7% des BIP relativ niedrig ist, liegt die Verschuldung des Staates unter Einbeziehung der Kredite staatseigener Banken an die Staatsunternehmen

deutlich höher. Ausländische Analysten gehen von einem Umfang von rd. 4% des BIP aus. (IHT, 4.3.99) -schü-

rungsprozeß auf den Stand von 1982 zurück.

In der Tat liegt die Vermutung nahe, daß Tung Chee-hwa mit dem Gesetz über die Bezirksräte nicht nur eine Zentralisierung der Hongkonger Administration anstrebt, sondern zugleich den Boden für seine Wiederwahl im Jahr 2002 bereitet. Denn Vertreter aus den Bezirksräten werden im 800 Personen zählenden Auswahlkomitee sitzen, das den nächsten *Chief Executive* bestimmt. (NZZ, 13./14.3.1999; XNA, Hongkong, 11.3.1999; SCMP, 11./12.3.1999) -hei-

ren. Erst danach wird es weitere Gespräche mit den Hongkonger Behörden in dieser Frage geben. In China wird befürchtet, daß aufgrund des Gerichtsurteils Druck ausgeübt werden könne und die Zahl der ausreiseberechtigten Kinder plötzlich hochschnellen könnte, was man verhindern möchte. Einig sind sich beide Seiten, daß die Frage des permanenten Aufenthaltsrechts in Hongkong ein schwieriges Problem ist (SCMP, 27.3.99).

Unterdessen beanspruchen immer mehr Chinesen vom Festland, die sich mit befristeter Genehmigung in Hongkong aufhalten, ein ständiges Aufenthaltsrecht in der SVR. Eine ganze Reihe von ihnen ist vor Gericht gegangen und klagt. Bis zur gerichtlichen Entscheidung können sie auf jeden Fall in Hongkong bleiben (SCMP, 30.3.99).

Die Zuwanderung vom Festland stellt Hongkong vor große Probleme, vor allem hinsichtlich Schulwesen, Wohnungs- und Gesundheitswesen. Seit einigen Jahren ist das Bevölkerungswachstum in Hongkong hauptsächlich auf Zuwanderung zurückzuführen. Zwischen 1995 und Ende 1998 ist die Bevölkerungszahl um eine halbe Million auf 6,8 Millionen angestiegen. Davon sind nur 11 Prozent auf natürliches Wachstum zurückzuführen. Nicht alle Zuwanderer kommen jedoch vom Festland. Ein großer Teil von ihnen sind auch zurückgekehrte Auswanderer. Über diese will das Zensus- und Statistikamt jetzt eine Erhebung durchführen. (Vgl. SCMP, 23.3.99.) -st-

33 Neue Abteilung für Kulturpolitik

Für die Kulturpolitik in Hongkong wird künftig eine neu geschaffene „Abteilung für Freizeit und kulturelle Dienste“ (Leisure and Cultural Services Department) zuständig sein. Diese kürzlich von der Regierung beschlossene Neuorganisation hat in Hongkong Befürchtungen über eine Zentralisierung der Kulturpolitik und kulturelle Indoktrination geweckt. Denn bisher war die Kulturpolitik Sache der Stadträte, d.h. sie war dezentral organisiert. Da die Stadträte jedoch abgeschafft werden, mußte eine Neuorganisation erfolgen. Für die

SVR Hongkong

31 Gesetz über Bezirksräte und Mißtrauensantrag: Regierung setzt sich im Legislativrat durch

Die Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong hat sich in zwei umstrittenen Abstimmungen des Legislativrats mit ihren Positionen durchgesetzt.

Das neue Gesetz über die Bezirksräte (diese nehmen eine beratende Funktion gegenüber der Regierung wahr) sieht vor, daß in den 18 Bezirksräten Hongkongs künftig 102 - also rund ein Fünftel - der insgesamt 519 Bezirksvertreter von der Regierung ernannt werden, während 390 Bezirksvertreter von der Bevölkerung gewählt werden (die nächste Wahl findet im November statt, die Mandatsdauer beträgt vier Jahre); hinzu kommen 27 Ex-officio-Mitglieder.

Der Mißtrauensantrag gegen die Justizsekretärin Elsie Leung, der eine rechtsstaatliche Prinzipien mißachtende Praxis in der Strafverfolgung eines Betrugsfalles vorgeworfen wird, fand in der Legislative keine Mehrheit. Die wirtschaftsnahe Liberale Partei hatte den Mißtrauensantrag zunächst unterstützen wollen. Regierungschef Tung Chee-hwa mobilisierte nach Auskunft seiner Berater aber mit Erfolg seine Unterstützer in der Geschäftswelt, um die Abgeordneten der Liberalen Partei umzustimmen und der Regierung eine Blamage zu ersparen.

Die regierungskritische Opposition zeigte sich erbost über den Druck, den die Regierung auf die Liberale Partei ausgeübt habe, und warnte vor unüberbrückbaren Gräben, die sich zwischen Exekutive und Legislative auf-täten. Die Regierung betrachte es offenbar als bedrohlich, wenn die Legislative von ihrem Recht auf öffentliche Kontrolle der Exekutive Gebrauch mache. Die Ernennungspraxis in den Bezirksräten werfe den Demokratisie-

32 Diskussionen um Einwanderung vom Festland

Über das Gerichtsurteil von Ende Januar, das Kindern vom Festland, von denen mindestens ein Elternteil Hongkonger Bürger ist, das permanente Aufenthaltsrecht in Hongkong zusprach, wird in Hongkong heftig diskutiert, insbesondere über die Frage der Behandlung unehelicher Kinder. In dem Urteil war ausdrücklich auch unehelichen Kindern vom Festland das Recht der Einwanderung nach Hongkong zugesprochen worden. Inzwischen hat der stellvertretende Minister für öffentliche Sicherheit Tian Qiyu nämlich verlauten lassen, die Zentralregierung werde unehelichen Kindern nicht die Ausreisegenehmigung für Hongkong erteilen. Diese Äußerung, so vermuten Menschenrechtsaktivisten in Hongkong, werde eine Flut illegaler Einwanderer auslösen, denn viele Eltern würden nun versuchen, ihre unehelichen Kinder nach Hongkong zu bringen. Von seiten der Hongkonger Regierung verlautete, daß man sich dort darauf einstelle, auch uneheliche Kinder aufzunehmen (SCMP, 13.3.99). Das letzte Wort ist offensichtlich noch nicht gesprochen. Bei der festlandchinesischen Auswanderungsbehörde, die dem Ministerium für öffentliche Sicherheit untersteht, werden derzeit verschiedene Vorschläge in bezug auf Auswanderungsbegehren geprüft, darunter auch das Erfordernis genetischer Tests für uneheliche Kinder (ebd.).

Die festlandchinesischen Behörden wollen demnächst in Fujian und Guangdong Erhebungen über die in Frage kommenden Kinder durchfüh-